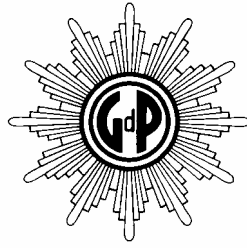


INFORMATIONEN

Presse, Rundfunk,
Fernsehen



Gewerkschaft
der Polizei

<http://www.gdp.de>
gdp-pressestelle@gdp-online.de

Bundesvorstand

Montag, 1. Dezember 2003

Rede des Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei,
Konrad Freiberg, anlässlich der gemeinsamen Demonstration
von GdP und DBwV am 1. Dezember 2003 vor dem CDU-
Bundesparteitag in Leipzig

Liebe Kolleginnen, und Kollegen,

es ist schön, euch wieder zu sehen – und das schon nach so kurzer Zeit.
Vor knapp 14 Tagen haben wir uns in Bochum getroffen, um unsere Wut und unsere
Empörung den Delegierten des SPD-Bundesparteitages klar zu machen.
Danach waren wir in Hessen und in Niedersachsen – und heute sind wir hier, im
schönen Leipzig.

Die Stadt Leipzig ist ein Symbol der Demokratie unserer neueren Geschichte.
Leipzig war ein Meilenstein auf dem Weg zur Deutschen Einheit.
Hier haben sich die Menschen mit Mut und Witz des Obrigkeitsstaates entledigt und
die Demokratie erkämpft.
Die Streitkultur hat in Leipzig einen neuen Höhepunkt erfahren – mit den berühmten
Montagsdemonstrationen, mit denen sich die Leipziger Bürger einen Platz in der Ge-
schichte gesichert haben.

Es waren ebenso selbstbewusste wie gewaltlose Demonstrationen – und sie haben
Großes bewirkt.

Ich bin stolz darauf, dass auch wir uns an einem Montag hier in Leipzig versammeln.

Es muss eine Peinlichkeit für Regierungen der alten Bundesländer sein, dass wir hier
in Leipzig freier und ungehinderter auftreten dürfen,
als dort, wo das Demonstrationsrecht seit Jahrzehnten wie selbstverständlich zu den
Grundrechten gehört.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 117 - Telefax: (030) 39 99 21 - 190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599
E-Mail: Ruediger.Holecek@gdp-online.de

Es gab nämlich in Hessen und in Nordrhein-Westfalen eine Menge Bedenken dagegen auszuräumen, dass wir als Polizistinnen und Polizisten, Soldatinnen und Soldaten demonstrieren –
und zwar in unserer Uniform, in unserer Arbeitskleidung.

Die hessische Landesregierung, unter Ministerpräsident Koch, hat uns verboten, in unserer Dienstkleidung zu demonstrieren.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung trieb es nicht ganz so arg aber verlangte ausdrücklich, dass wir uns nur ja deutlich von den Kolleginnen und Kollegen unterscheiden müssen, die in großer Zahl zum Schutz unserer Demonstration dienstlich eingesetzt werden konnten.

Deshalb sahen Millionen von Fernsehzuschauern Polizistinnen und Polizisten in Uniform mit Weihnachtsmützen.

Ich frage euch:

Kann es denn wirklich sein, dass Männer und Frauen,
die in Afghanistan,
im Kosovo,
in Köln oder
hier in Leipzig ihr Leben für ihren demokratischen Staat aufs Spiel setzen, nicht einmal mehr in ihrer eigenen Arbeitskleidung für ihre Interessen auf die Straße gehen dürfen?

Liebe Innenminister,

- 386 Polizistinnen und Polizisten sind seit 1945 in ihrer Arbeitskleidung gestorben, von Straftätern getötet
- Tausende Kolleginnen und Kollegen werden jedes Jahr verletzt
- Immer häufiger müssen Polizisten Gewalt zur Durchsetzung des Rechtsstaates anwenden. 23.000 Widerstände gegen Vollstreckungsbeamte allein im letzten Jahr.

Ich begrüße herzlich unsere Kolleginnen und Kollegen, die sich heute im Dienst befinden und gebe ihnen mein Wort, dass wir die Vertretung ihrer Interessen selbstverständlich heute auch übernehmen, weil sie selbst ja dienstlich unabkömmlich sind.

Schließlich stehen wir Tag und Nacht bei der Arbeit auch füreinander ein.

Ich begrüße die Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundeswehrverbandes, an ihrer Spitze ihr Vorsitzender, Oberst Bernhard Gertz.

Wir haben bereits schon einmal gemeinsam eine große Demonstration – in Berlin – veranstaltet und seitdem unsere Zusammenarbeit vertieft.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Beide Organisationen halten unverrückbar an dem Grundsatz der Trennung zwischen Innerer und Äußerer Sicherheit fest, wie er in der Verfassung steht – und nicht nur das:

Wir haben gemeinsam politischen Vorschlägen eine Absage erteilt, die diese verfassungsmäßige Grenze aufweichen wollten, etwa in der Frage des Einsatzes der Bundeswehr im Innern an gefährdeten zivilen Objekten oder gar bei Demonstrationen.

Uns verbindet der gemeinsame Widerstand gegen den Ausverkauf der Inneren und Äußeren Sicherheit und gegen den Sozialabbau bei den Beschäftigten in den beiden, für Gesellschaft und Staat, lebenswichtigen Aufgabenbereichen.

Bei der Polizei und bei der Bundeswehr.

Ich grüße auch alle anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, insbesondere auch die Kollegen von der Feuerwehr.

Ich grüße auch die Delegierten des CDU-Parteitages.

Ich kann ihnen versichern, dass sich hier draußen kein privilegierter öffentlicher Dienst versammelt hat, sondern Männer und Frauen, die jeden Tag ihre Haut zu Markte tragen müssen.

Die notfalls sogar ihr Leben für diesen Staat hergeben.

Hier draußen stehen Männer und Frauen, die wissen, was eine Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Finanzkrise ist.

Ich sage den Delegierten des CDU-Parteitages aber auch, dass hier Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer versammelt sind, die seit Jahren ihren Beitrag leisten mussten, um für eine desolante Finanzpolitik gerade zu stehen, die sie nicht zu verantworten haben.

Deshalb sage ich ihnen:

Wir haben die Nase voll, immer wieder Sonderopfer zu erbringen, wie sie ihnen jetzt wieder von uns verlangt werden.

Ich erinnere nur daran:

- Neun mal ist in den letzten elf Jahren die Beamtenbesoldung vom Tarifabschluss im öffentlichen Dienst abgekoppelt worden.
- Bereits 1993 wurde das Weihnachtsgeld eingefroren.
- Die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage wurde gestrichen.
- Das Renten- und Versorgungsniveau wurde gesenkt.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

- Die Hinterbliebenenversorgung wurde verschlechtert.
- Die Leistungen bei der Beihilfe wurden reduziert
- Die Wochenarbeitszeit wurde in den einzelnen Ländern erhöht.
- Nun sollen Urlaubs- und Weihnachtsgeld zusammen gestrichen werden.

Wir sagen, jetzt muss endlich Schluss sein, mit dem Sozialabbau bei den Beschäftigten der Polizei und der Bundeswehr.

Diese Rotstiftpolitik geht nicht nur an die Substanz unserer Existenzgrundlagen, diese Rotstiftpolitik betreibt den Ausverkauf der Inneren Sicherheit.

7.000 Stellen sind bundesweit bei der Polizei allein in den letzten fünf Jahren abgebaut worden, weitere 4.000 sollen folgen.

Das sind 11.000 Polizistinnen und Polizisten weniger, die zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen.

Die Polizeipräsenz wird immer dünner, die Übergriffe auf Leben, Gesundheit und Eigentum der Menschen steigen.

Immer größer wird der Unmut in der Bevölkerung über die Zustände auf den Straßen; über Vandalismus, Belästigungen, Unsicherheit.

Aber das muss die Politiker ja nicht kratzen:

Wenn es um ihr Sicherheitsbedürfnis geht, dann werden eben Kolleginnen und Kollegen aus anderen Dienstgruppen abgezogen.

In unserer Bundeshauptstadt Berlin müssen Zivilfahnder, die sonst Verbrecher jagen, jetzt Politikerwohnungen und Botschaften beschützen. Einer von ihnen zum Beispiel, der sonst Jugendgangs verfolgt, die andere Schüler ausrauben, hat stattdessen auch auf Frau Merkel aufpassen müssen.

Kolleginnen und Kollegen,

Wir stellen fest:

- die Kriminalität nimmt zu
- die Unsicherheit auf unseren Straßen wächst
- die terroristische Bedrohung steigt

Die Antwort der Politik auf diese Herausforderungen lautet:

- weiterer Personalabbau
- längere Arbeitszeiten

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
 Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
 Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

- weniger Einkommen für die Beschäftigten der Polizei

Es ist ein Skandal,

- wie mit der Polizei
- wie mit dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger
- wie mit unseren Steuergeldern Schindluder getrieben wird!

Denn die Zeche für diese verfehlte Sicherheitspolitik zahlen wir alle.

Das ist es, was uns in Rage bringt: Die kleinen Leute sollen blechen und müssen ohnmächtig zusehen, wie unser Land durch Kriminelle immer weiter ausgeplündert wird.

- Zum Beispiel Organisierte Kriminalität:
Sie richtete im vergangenen Jahr einen Schaden von 3,1 Milliarden Euro an, das ist mehr als doppelt so viel, wie im Vorjahr.
- Auf zweistellige Milliardenbeträge summiert sich der Schaden, der Bund und Ländern durch Umsatzsteuerbetrug und Steuerumgehung jährlich entsteht.
- Allein durch illegale Beschäftigung gehen jährlich 64 Milliarden Euro Steuereinnahmen und 56 Milliarden Euro Sozialversicherungsbeiträge und überdies noch 500.000 Arbeitsplätze verloren.

Ich sage auch ganz deutlich, dass diese Missstände auch CDU-Regierungen zu verantworten hatten und in den Bundesländern auch heute noch zu verantworten haben.

Diese Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen verdient die Rote Karte.

Es geht nicht um die Einsicht, dass jeder seinen Beitrag leisten muss, wenn unser Land in Not gerät.

Es geht um das Unverständnis, dass trotz der Notlagen das Geld unverdrossen aus dem Fenster geworfen wird und die Reichen immer reicher werden.

Weiterhin werden Gewinne fröhlich privatisiert und Verluste sozialisiert.

Für diesen Standpunkt lasse ich mich als Gewerkschafter gerne beschimpfen. Das ist ja derzeit gerade in Mode. Übrigens auch bei einigen von denen, die dort drüben in der Halle tagen. Das macht mich besonders traurig.

Dagegen macht es mich richtig zornig, wenn so ein „Jungjuppy“ wie der Vorsitzende des Bundesverbandes Junger Unternehmer – das sind so 2.500 Unternehmer unter 40 Jahren – die Gewerkschaften für überflüssig hält und nichts gegen ein Verbot der Gewerkschaften hätte.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Wir seien, so sagte er wörtlich: „bloße Selbsterhaltungstriebler.“

Eine solche Aussage, liebe Kolleginnen und Kollegen, trifft uns tief. Sie trifft uns tief, weil sie die deutsche Bildungsmisere in ihrem ganzen Ausmaß deutlich macht.

Was ein „Triebler“ ist, weiß nicht einmal der Duden. „Selbsterhaltungstrieb“ jedenfalls ist der zusammenfassende Begriff für Lebensdrang, Daseinswille, Nahrungs- und Verteidigungstrieb.

Zurück auf Null, würde ich sagen, Herr Jungunternehmer bis die Ohren trocken sind.

Ich vermute übrigens, dass es unter diesen 2.500 so genannten Jungen Unternehmern nicht wenige gibt, die ihren Betrieb vom Vater geerbt haben, der noch keinen Armani-Anzug trug, aber dafür wusste, wie man seine Angestellten und Arbeiter anständig behandelt.

Kolleginnen und Kollegen, es geht kein Ruck durchs Land –

es geht ein Riss durch unser Land!

Der seit Jahrzehnten erprobte Konsens der Bundesländer in der Sicherheitspolitik löst sich auf.

- Durch unterschiedliche Uniformen und Farben erkennt der Bürger kein einheitliches Bild der Polizei mehr.
- In der Frage der Polizeiausstattung scheitern notwendige Erneuerungen und Modernisierungen am Egoismus der beteiligten Länder und des Bundes.

Erinnert Euch, wie viele Jahre es dauerte, bis die notwendige Modernisierung des polizeilichen Datenverbundes in Angriff genommen wurde.

In der polizeilichen Kommunikation liegen wir heute wir auf dem technischen Niveau von Albanien.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, nenne ich einen „Rückfall in die Kleinstaaterei und Provinzialität“!

Aufgekündigt wurde auch die bundeseinheitliche Bezahlung der Polizeiarbeit.

Von der jeweiligen Haushaltsslage diktiert, legen die Länder die Bezahlung, die Arbeitszeit und die Berufsperspektiven der Polizeibeamtinnen und –beamten nach eigenem Gutdünken fest.

Es wird nicht lange dauern, bis sich diese Unterschiede auch in der Ausbildung und der Qualität der Polizeiarbeit für den Bürger bemerkbar machen.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit Wochen machen wir mit Aktionen im ganzen Land die Öffentlichkeit auf den krassen Unterschied zwischen den Sonntagsreden der Politiker und ihrem tatsächlichen Handeln aufmerksam:

Die Sicherheitspolitik in Deutschland verdient die Rote Karte!

Der Staat zieht sich aus seiner Verantwortung für die Innere Sicherheit zurück.

Das Land wird geplündert, die Zeche zahlen wir, die Bürger.

Was tun wir nicht alles für diesen Staat:

- Wir lassen uns von Chaoten und Kriminellen beleidigen, bespucken und mit Steinen bewerfen.
- Wir sind rund um die Uhr am Wochenende und Feiertagen für die Bürger da.
- Wir müssen nach tödlichen Verkehrsunfällen die Todesnachrichten überbringen. Wir müssen dann den Eltern den Tod ihres Kindes mitteilen.
- Wir helfen bei schweren Unglücken und müssen das Leid der Menschen mit ansehen und ertragen.
- Wir müssen Leichensachen bearbeiten und Todesermittlungen durchführen.
- Wir müssen Vergewaltigungsoffer trösten und betreuen.
- Wir setzen Leib und Leben für diesen Staat ein.
- Wir werden mit dem Leid der Menschen direkt konfrontiert.

Und was ist der Dank dafür?

- Man verschlechtert unsere Gesundheitsvorsorge und erhöht den Eigenanteil.
- Man kürzt unsere Renten und Pensionen.
- Man verlängert unsere Wochenarbeitszeit (bis auf 42 Stunden).
- Man verlängert unsere Lebensarbeitszeit (bis auf 65 Jahre).
- Man kürzt unter Weihnachtsgeld und streicht unser Urlaubsgeld.

Ja, sind die denn von allen guten Geistern verlassen?
Haben die denn jegliche Bodenhaftung und Anstand verloren?

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Wir fordern:
Schluss mit dieser unsozialen Politik!

Wir fordern ein:
Abkehr von der Politik des Personal- und Sozialabbaus im Sicherheitsbereich!

Wir fordern:
Stoppt den Ausverkauf der Inneren und Äußeren Sicherheit!

Gerne übergebe ich nun das Wort an Oberst Bernhard Gertz.
Lieber Kollege Gertz, wir freuen uns, Euch an unserer Seite zu haben.